

II-2716 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

Zl. 25.054-PrM/69

1244 /A.B.
zu 1247 /J.
Präs. am 30. Juni 1969

26. Juni 1969

Parlamentarische Anfrage Nr. 1247/J
an die Bundesregierung betr. die
Tätigkeit der Nationalen Dienst-
stellen des Europäischen Informations-
zentrums für Naturschutz

An

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dr. Alfred MALETA,

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. FIRNBERG
und Genossen haben am 7. Mai 1969 unter Nr. 1247/J
an die Bundesregierung eine Anfrage betreffend die
Tätigkeit der nationalen Dienststellen des europäi-
schen Informationszentrums für Naturschutz gerich-
tet, welche folgenden Wortlaut hat:

" Unter Bezugnahme auf die vom Ministerkomitee
des Europarates am 29. November 1968 angenommene Ent-
schlieÙung (68) 33 betreffend die Tätigkeit der natio-
nalen Dienststellen des europäischen Informations-
zentrums für Naturschutz richten die unterzeichneten
Abgeordneten an die Bundesregierung die nachstehende

A n f r a g e :

Was hat die Regierung bisher zur Durchführung dieser
EntschlieÙung getan?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundes-
regierung wie folgt zu beantworten:

"Die Resolution (68) 33 des Ministerkomitees des
Europarates, auf die die vorliegende Anfrage Bezug
nimmt, hat Angelegenheiten des Naturschutzes, somit
ein Sachgebiet zum Gegenstand, das nach der verfassungs-

gesetzlichen Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15 Abs.1 B.-VG. in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache ist. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat daher diese Resolution mit Note vom 30. Jänner 1969, Zl.250.641-Kult-Mult/69, der Verbindungsstelle der Bundesländer zur Kenntnis gebracht. Zu weitergehenden Maßnahmen auf diesem Gebiet fehlt dem Bund eine verfassungsmäßige Zuständigkeit.

Nach einer Mitteilung der Verbindungsstelle der Bundesländer hat sie den Wortlaut der Resolution (68) 33 des Ministerkomitees des Europarates an die Bundesländer weitergegeben. Die Bildung eines österreichischen Büros, welches die in der Resolution vorgesehenen Aufgaben erfüllen soll, wurde in der Konferenz der Naturschutzreferenten der Länder am 29. und 30. Mai 1969 behandelt. Die Verbindungsstelle wurde mit Rücksicht auf die personellen und finanziellen Konsequenzen ersucht, Lösungsvorschläge auszuarbeiten und diese der Konferenz der Landeshauptleute und Landesfinanzreferenten vorzulegen.

Klein